

Bote von der Ybbs.

Leitungspreis:

Ein Volk, ein Reich!

Erscheint jeden Freitag 3 Uhr nachmittags.

Bezugspreis mit Postverendung: Ganzjährig 8 14.60 Halbjährig „ 7.30 Vierteljährig „ 3.75 Bezugsgebühren und Einschaltungsgebühren sind im voraus und portofrei zu entrichten.	Schriftleitung und Verwaltung: Obere Stadt 33. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen, Handschriften nicht zurückgestellt. Ankündigungen (Anzeigen) werden das erste Mal mit 10 Groschen für die 5-spaltige Millimeterzeile oder deren Raum berechnet. Bei Wiederholungen Nachlaß. Mindestgebühr 1 Schilling. Die Annahme erfolgt in der Verwaltung und bei allen Anzeigen-Vermittlungen. Schluß des Blattes: Donnerstag, 4 Uhr nachmittags.	Preise bei Abholung: Ganzjährig 8 14.— Halbjährig „ 7.— Vierteljährig „ 3.60 Einzelpreis 30 Groschen.
--	---	--

Folge 15

Waidhofen a. d. Ybbs, Freitag den 15. April 1932

47. Jahrgang

Politische Uebersicht.

Deutschösterreich.

Das Verlagen der Londoner Konferenz hat nun auch seine Folgen gezeigt. Der uns so warm empfohlene Kredit wurde uns in Basel nicht gewährt, da der Gouverneur der Bank von Frankreich eine französische Beteiligung ablehnte, obwohl England dazu bereit war. Gnädig hat man uns nur die Fälligkeit der 90-Millionen-Anleihe auf weitere drei Monate erstreckt. Im übrigen hat der französische Donaubundplan unterdessen im Hauptausschusse eine ziemlich einmütige Ablehnung erfahren. In der umfangreichen Debatte hat sich nicht ein einziger Fürsprecher gefunden, und selbst der ungewöhnlich kredithoffnungsfrohe Staatsmann, der gegenwärtig die Geschicke Österreichs lenkt, hat nur allerlei unklare Formulierungen vorgebracht, aus denen man jedenfalls nicht schließen kann, daß die Bundesregierung in irgendeiner Form den französischen Absichten beitreten möchte. Der Tardieu-Plan ist wirtschaftlich so unsinnig und politisch so vollkommen unerträglich für Österreich, daß man vernünftigerweise nichts anderes als eine restlose Ablehnung erwarten konnte. Daß sie mit einiger Deutlichkeit im Hauptausschuß erfolgt ist, muß gleichwohl besonders hervorgehoben werden, denn das ewige Herumdrehen um klare Auskünfte, das in den letzten Wochen bei den Regierungsstellen zu bemerken war, konnte schon bald den Eindruck erwecken, als ob man in Wien mit Paris eines Sinnes sei. In Wirklichkeit liegen die Dinge umgekehrt. Herr Tardieu, indem er mit nicht ganz ehrbaren Absichten das Schechbuch schwingt, behauptet, mit seinen Plänen Österreich und Mitteleuropa retten zu wollen. Nun, Österreich stellt sich seine Rettung anders vor und lehnt es ab, für das Verprechen eines Trintgeldes, das zudem nicht einmal eingelöst werden dürfte, seine politische Handlungsfreiheit und mit ihr seine Wirtschaft und seine Existenz zu opfern. Darüber hat die Debatte im Hauptausschuß keinen Zweifel gelassen. Die Redner, die aufs schärfste gegen Tardieu Stellung genommen haben, repräsentieren die weitaus überwiegende Mehrheit des Parlaments. Und nicht einmal ein Christlichsozialer von jenem Flügel, der vielleicht nicht ohne Beziehungen zu dem französischen Außenamt ist, hat es unternommen, das französische Projekt zu verteidigen. Auch in dieser Partei herrscht schließlich Verständnis dafür, daß es für ihre Wähler und auch für die große Mehrzahl ihrer Gewählten unerträglich wäre, für die französische Machtpolitik in Mitteleuropa einzutreten. So bleibt als Bilanz eine Abfrage, um nicht zu sagen: eine Abfuhr. Gegenüber Tardieus Plan verweisen wir auf Deutschlands Angebot, durch welches die österreichische Ausfuhr um 150 bis 200 Millionen Schilling gesteigert werden könnte. Folgen die übrigen Großmächte, wie es Herr v. Bülow in London vorgeschlagen hat, dem deutschen Beispiel, indem sie gleichfalls einseitige Vorzugszölle einräumen, dann brauchen wir keine Anleihe, wie sie, sehr zu Unrecht, das Finanzkomitee des Völkerbundes vorgeschlagen hat, sondern dann können wir uns aus eigener Kraft erholen und einer langsamen, aber sicheren Wiedergesundung entgegengehen. Hier haben die Großmächte, hier hat vor allem Frankreich die Möglichkeit, seine Hilfsbereitschaft zu erweisen. Nach allem, was vorgefallen ist, muß man leider daran zweifeln, daß auch nur die Zustimmung der Pariser Regierung, wenn schon nicht ihre Mitwirkung, ohne weiteres zu erreichen sein wird. Damit wird aber auch klargestellt sein, daß Frankreich nicht helfen, sondern nur seine politische Position verstärken will. Was übrigens alle diejenigen, die sich nicht von dem erwähnten Schechbuch des französischen Ministerpräsidenten blaffen lassen, von allem Anfang an erkannt haben.

Bundeskanzler Dr. Buresch hat nach dem schlechten Ausgange der Londoner Konferenz angekündigt, daß er in direkte Verhandlungen über Vorzugszölle eintreten will. Wir zweifeln, daß es ihm damit ernst ist, da gerade Dr. Buresch nicht der Mann ist, den Donauplänen entsprechend entgegenzutreten. Er gab seinerzeit die Hand dazu, die Großdeutschen wegen des zu deutschen Kurfes auszuschalten, er wird auch jetzt nichts ernstliches gegen seine französischen Gönner unternehmen. Man wird noch abwarten, glaubt man doch später, die Par-

teien Österreichs gefügiger zu finden. Wir glauben jedoch, daß dies eine falsche Rechnung ist.

Im Rahmen der christlichsozialen Wahlagitatio ist der Heeresminister Baugoin so ziemlich der einzige Wahlredner, der sich gegen die schwarz-rote Koalition wendet, an deren Kommen kaum mehr jemand zweifelt, der mit den Vorgängen hinter den Kulissen auch nur einigermaßen vertraut ist. Die Einigung der christlichsozialen Landeshauptmänner mit dem roten Landeshauptmann von Wien über die Abkürzung des Instanzenzuges, das verständnisvolle Zusammenarbeiten zwischen Rot und Schwarz in der Frage der Einberufung des Nationalrates — die Sozialdemokraten haben auf die großdeutsche Anfrage noch immer nicht geantwortet — die ständige persönliche Fühlungnahme zwischen den Führern — Buresch hatte beispielsweise auch kürzlich wieder eine Konferenz mit Renner — die immer wiederkehrende Versicherung der Sozialdemokraten, es gelte die Macht im Bunde zu erobern und Breitner müsse Finanzminister werden, all das spricht Bände und wirkt jedenfalls überzeugender als die Versicherung Baugoins, er lehne eine schwarz-rote Koalition ab. Man muß nicht mit der „Arbeiter-Zeitung“ übereinstimmen, die kürzlich meinte, Baugoins Haltung sei begreiflich, denn eine schwarz-rote Koalition hätte sein Ende als Minister zur ersten Voraussetzung, um Baugoin zuzubilligen, daß es ihm mit seinem Antimarxismus voller Ernst ist. Baugoin ist in der christlichsozialen Partei der unentwegte Antimarxist. Daß seine antimarxistische Politik der österreichischen Sozialdemokratie mehr genügt als geschadet hat, man braucht nur an den Fall Straßella zu erinnern, gehört in ein anderes Kapitel.

Deutsches Reich.

Die Reichspräsidentenwahl ist nun auch im zweiten Wahlgang vorüber. Das diesmalige Ergebnis ist: Abgegebene Stimmen 36,491.694, davon Hindenburg 19,359.642, Hitler 13,417.460, Thaelmann 3,706.388, ungültige Stimmen 8.204. Aus den Zahlen des letzten amtlichen Schlussergebnisses ergeben sich für die einzelnen Kandidaten folgende Prozentziffern: Hindenburg 53% (erster Wahlgang 49.6%), Hitler 36.8% (30.1%), Thaelmann 10.2% (13.2%). Das Ergebnis brachte keine Überraschungen mehr. Hindenburg erhielt nicht nur die relative, sondern auch die absolute Mehrheit. Hitler hatte wieder einen sehr achtunggebietenden Stimmenzuwachs, der ihm zum größten Teil von den Deutschnationalen zugekommen sein wird. Feldmarschall Hindenburg hat die Wahl angenommen und sich mit nachfolgendem Ausruf an das deutsche Volk gewendet: „Mit Dank für das mir von dem deutschen Volk erneut bekundete Vertrauen und mit dem Gelöbniß, auch weiterhin mit meiner ganzen Kraft dem Vaterlande und dem deutschen Volke zu dienen, nehme ich die auf mich gefallene Wiederwahl zum Reichspräsidenten an. Getreu meinem Eide werde ich mein Amt weiterführen im Geiste der überparteilichkeit und der Gerechtigkeit, mit dem festen Willen, unserem Vaterlande zur Freiheit und Gleichberechtigung nach außen, zur Einigung und zum Aufstieg im Innern zu verhelfen. An alle deutschen Männer und Frauen aber, an diejenigen, welche mir ihre Stimme gaben, wie an die, welche mich nicht gewählt haben, richte ich die Mahnung: Laßt nun den Hader ruhen und schließt die Reihen! So wie schon einmal bei meinem Amtsantritt vor sieben Jahren fordere ich auch heute unser ganzes deutsches Volk zur Mitarbeit auf. Die Zusammenfassung aller Kräfte ist notwendig, um der Wirrnisse und Nöte unserer Zeit Herr zu werden. Nur wenn wir zusammenstehen, sind wir stark genug, unser Schicksal zu meistern. Darum: In Einigkeit vorwärts mit Gott!“ Der Schwerpunkt der Entscheidung in Deutschland ist nun auf die Preußenwahlen vom 24. April verlegt. Hier gibt es keine Hindenburgfront und wenn die völkischen Parteien geschlossen vorgehen, so wird es möglich sein, die Regierung Braun-Severing zu stürzen und durch eine Rechtskoalition zu ersetzen. Daran wird auch die Rückversicherung, die im preußischen Landtag vor einigen Tagen beschlossen wurde, nicht viel ändern können, zumal auch das Zentrum angedeutet hat, daß es das Kabinett Braun nicht bedingungslos unterstützen wird.

Jugoslawien.

Der Regierungswechsel hat, wie erwartet werden konnte, keine Änderung des Systems gebracht, wie aus der Regierungserklärung zu entnehmen ist, in der u. a. betont wird, daß das Programm der neuen Regierung mit jenem identisch sei, auf Grund dessen das gegenwärtige Parlament gewählt wurde. Die Grundlage des Programmes sei das Prinzip der nationalen Einheit und die Regierung werde mit allen Kräften daran arbeiten, alle gesunden nationalen Elemente im Lande unter diesem Gesichtspunkte zu vereinigen. Solange sich jedoch nicht alle Kreise zu diesem Prinzip der nationalen Einheit bekennen, könne keine Rede davon sein, daß neue politische Kombinationen auf anderen Grundlagen entstünden. In politischen Kreisen glaubt man der Regierungserklärung entnehmen zu können, daß die früheren politischen Parteien so lange keine volle Bewegungsfreiheit erhalten werden, als sie sich nicht offen und rückhaltlos zum Prinzip der nationalen Einheit bekennen.

Litauen — Memelland.

Der noch immer unentschiedene Memelkonflikt wird nun doch einer Lösung zukommen. Die Regierungen von Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan haben durch Vermittlung ihrer Haager Gesandtschaften den Memelkonflikt beim ständigen Internationalen Gerichtshof anhängig gemacht und gegen Litauen die Klage in den bekannten Fragen eingebracht. Der Ausgang des Verfahrens wird der sein, daß nach einigen Tagen die Signatarmächte ihre Klage begründen werden. Darauf wird man Litauen Gelegenheit geben, zu der Klage Stellung zu nehmen. Erst dann erfolgen die Plädoyers und anschließend die Urteilsverkündung. Wie lange dies dauern wird, läßt sich schwer voraussagen, doch darf man erwarten, daß mit Rücksicht auf die gespannte Lage im Memelkonflikt die Entscheidung so bald als möglich erfolgen wird. Wenn wir uns unserer Erfahrungen mit dem Haager Gerichtshof in der Zollunionsfrage erinnern, so sind natürlich die Hoffnungen auf den Ausgang des Prozesses nicht die rosigsten und aussichtsreichsten.

Südafrika.

Aus der ehemals deutschen Kolonie Deutschsüdwestafrika kommt eine recht erfreuliche Nachricht. Eine vor längerer Zeit abgehaltene Landeskonzferenz sämtlicher Parteien Südwesafrikas hatte einstimmig anerkannt, daß eine Besserung der wirtschaftlichen Notlage nur durch engste Zusammenarbeit aller Bewohner des Landes erzielt werden könne und daß eine solche Zusammenarbeit, besonders mit der starken deutschen Minderheit, nur durch die Erfüllung ihrer seit langem geäußerten Wünsche erreicht werden könne. Die sodann mit der Regierung in Kapstadt eingeleiteten Verhandlungen führten zu der Zusage, durch Parlamentsakt die Anerkennung der deutschen Sprache als dritte Amtssprache in Südwesafrika, die automatische Einbürgerung der bis Ende 1931 nach Südwesafrika Zugewanderten und die Herabsetzung der Einbürgerungsfrist von zurzeit fünf auf zwei Jahre herbeizuführen. Es ist uns dabei klar, daß es sich hier nicht um uneigennütige Liebe zu den deutschen Kolonisten handelt, sondern eine wohlüberlegte Handlung auch zum eigenen Nutzen. Man braucht die tüchtigen Deutschen und deshalb kommt man ihnen entgegen. Der Raub der Kolonie ist damit noch lange nicht geahnt.

Dr. Straffner über die außenpolitische Lage.

Nationalsozialistische Anerkennung der erfolgreichen Arbeit der Großdeutschen.

In einer großen Wählerversammlung in Wien-Mariahilf sprach kürzlich Abg. Dr. Sepp Straffner über die außenpolitische Lage und führte u. a. aus: Derzeit wird um das Los unserer ganzen deutschösterreichischen Heimat gewürfelt. Österreich ist seit Saint Germain ein Problem. Man hat uns alles genommen, was wir zum Leben brauchen. Wir Großdeutsche haben seit jeher erkannt, daß Österreich lebensunfähig ist. Die Christlichsozialen waren seit jeher anderer Meinung. Dr. Seipel hat dies wiederholt be-

Landtagswähler!

Wahlaufruf der Großdeutschen Volkspartei.

Am 24. April wird heuer ein neuer Landtag nach neuem Wahlrecht zu wählen sein. Christlichsoziale und Sozialdemokraten verfolgten bei seiner Schaffung den offensichtlichen Zweck, die Alleinherrschaft der schwarz-roten Koalition zu ermöglichen und die nationale Mitte auszuschalten. Neue Wahlgeometrie paart sich mit dem alten Wahlrecht der starren Liste. Wie Zwehbachers Wahlreform von 1921 die Großdeutschen vernichten sollte, so will auch das schwarz-rote Wahlrecht von 1932 den Zweiparteien-Landtag schaffen.

Niederösterreicher!

Macht einen dicken Strich durch diesen Plan, indem Ihr weder den Wegbereitern des Bolschewismus noch den Liebedienern einer Habsburger-Donauföderation, den Drahtziehern des französischen Kurses, sondern der

Großdeutsche Volkspartei

am 24. April Eure Stimmen gebet! Rot und Schwarz haben die unheilvolle

Trennung von Wien und Niederösterreich

auf dem Gewissen; nur die Großdeutschen wehrten sich heftig dagegen. Sie hatten recht:

Katastrophal sind die Folgen dieser Trennung!

Das Land treibt dem Zusammenbruch zu. Das mit Hilfe der Christlichsozialen geschaffene rote Wien ist bei der Abgabenteilung, bei der Steuereinkämpfung usw. auf Kosten Niederösterreichs bevorzugt.

Die Kraft des früher blühenden Landes verborrt immer mehr, statt dessen blüht der christlichsoziale Partei-egoismus üppiger als je. Wie lange wird die Bevölkerung dieses unglücklichen Landes noch zusehen?

Einen Vorgeschmack der kontrollosen schwarz-roten Brüderlichkeit im Landtag gibt die Lehrer-Ernennungskommission, aus der durch ein neues Statut der unbequeme großdeutsche Mahner entfernt wurde; Besetzung der Posten durch Christlichsoziale und Sozialdemokraten und überhaupt hemmungslose Parteiwirt-

schaft. Dem Tüchtigen freie Bahn? Nein, das ist nicht ihre Devise, sondern:

Parteigünstlinge, die sich bedingungslos dem Parteidiktat unterwerfen, werden berücksichtigt

Wir Großdeutschen zogen 1927 mit den Christlichsozialen gemeinsam mit der Verpflichtung des geeinten Kampfes gegen die Marxisten in den Wahlkampf und — wurden schwer enttäuscht. Wir haben unser Wort gehalten, die Christlichsozialen haben das ihre gebrochen. Schon in der ersten Sitzung überließen sie ohne gesetzliche Verpflichtung den Roten einen Landeshauptmann-Stellvertreter und bald fanden sie sich im schönsten Schacher über freie Stellen mit den Marxisten. Bei allen wichtigen Entscheidungen gaben sie den roten Einflüssen nach, statt den versprochenen Kampf zu wagen. Ihr Partewohl ging ihnen himmelhoch über das Volkswohl!

Das Werk der Verelendung begann mit der Trennung von Wien. Wir tragen die Kiesenlast von 13 Millionen Schilling Schulden, davon über 6 Millionen unbezahlter Rechnungen. Dazu haben wir schwere Garantieverpflichtungen, darunter 2.4 Millionen für den jagungswidrig geleiteten Landesmüsterkeller, der zusammenbrach und liquidieren muß. Da auch sogar dem Bund schuldig geblieben wurde, zieht das Finanzministerium bereits seine Forderungen von den Ertragsanteilen im voraus ab!

Es ist daher kein Wunder, daß die Wirtschaft verdirbt und es allen schlecht geht.

Die Gewerbe- und Handeltreibenden sowie die Bauern können von dem herrschenden System nichts erwarten. Handel und Gewerbe, mit unerträglichen Lasten beladen, müssen zusammenbrechen, wenn schließlich noch Breitner'sche Steuerpläne im Land Anwendung finden sollen; die von Teilen der Christlichsozialen Partei unterstützten Donauföderationspläne bedeuten den

Ruin der Landwirtschaft und des Weinbaues.

Kürzung um Kürzung an den Angestelltenbezügen soll uns jetzt retten. Wehe den Beamten und Lehrern, wenn die neuen Salzburger Pläne der Landeshauptleute auf

weitere Föderalisierung, bei denen sich bezeichnenderweise wieder Schwarz und Rot brüderlich fanden, verwirklicht würden!

Das System der schwarz-roten Herrschaft in Niederösterreich hat vollkommen versagt. Bis ins fernste Tal schwelt tiefste Unzufriedenheit. Faul und krank ist es bis ins Mark. Es ist um jeden Groschen schade, der für diese Wirtschaft bezahlt werden muß. Aber sowohl Rot als auch Schwarz wollte von unserem Vorschlag der

Ab Abschaffung der Landtage

oder wenigstens von einer Verminderung von neun auf vier nichts wissen. Das Parteiinteresse geht ihnen über alles.

Eine geeinte nationale Wählerschaft würde den Herrschenden zwölf und mehr Mandate entreißen und damit die Landesverwaltung entscheidend beeinflussen. Leider haben die Nationalsozialisten ihre Beteiligung an einer gemeinsamen Front versagt.

Wir Großdeutschen haben im niederösterreichischen Landtage unsere Pflicht getan. Stets galten unsere Reden, Anträge und Aktionen der Sachlichkeit und dem Volksinteresse. Blant ist unser Schild. Daß wir die fruchtlose Verpolitizierung, durch die Gewerbe, Landwirtschaft, Arbeiter, Industrie und Angestelltenchaft leiden, nicht niederringen konnten, daran trägt die schwarz-rote Parteipolitik die Schuld.

Das schwarz-rote System ist reif zu fallen!

Weg mit Korruption und Konjunkturpolitik!

Weg mit den Nuzniekern der starren Liste!

Weg mit clerikaler Unduldbarkeit und marxistischer Bankrottwirtschaft!

Weg mit der Lotterwirtschaft im Lande!

Die Parteipolitik muß der Volkspolitik den Vortritt lassen! Wirkliche Verwaltungsreformen und Ersparungen, gewissenhafte Finanzpolitik und Entpolitizierung der gesamten Verwaltung verlangen wir!

Niederösterreich! Die Zeit ist ernst. Es geht um Wohl und Wehe jedes einzelnen.

Gebet am 24. April Eure Stimmen nur Euren wahren Freunden und Anwälten, den Bewerbern der Großdeutschen Volkspartei!

hauptet und Dr. Buresch hat noch am Montag gesagt, er glaube an Österreichs Lebensfähigkeit. Bundeskanzler Dr. Buresch hat vor einigen Wochen eine Demarche bei den Großmächten unternommen, um sie auf die Notwendigkeit aufmerksam zu machen, Österreich ehestens zu helfen. Das Deutsche Reich hat sich sofort zur Hilfe bereit erklärt. Aber Österreichs Regierung hat dieses Angebot bis heute nicht beantwortet. Es kam dann ein zweites Angebot von Frankreich. Ein Eingehen auf dieses Angebot bedeutet das Aufgeben unserer nationalen Zukunft, bedeutet schwere Schädigungen, ja den Ruin unserer Landwirtschaft, unserer Industrie, unseres Handels. Leider gibt es auch in Österreich Menschen, die den Plänen Frankreichs wohlwollend gegenüberstehen, vor allem ein Teil der Christlichsozialen, die mit einer Restauration der Habsburger liebäugeln und in einer Donauföderation einen Vorläufer der Wiederkehr der Habsburger erblicken. Die Londoner Konferenz ist gescheitert. Es ist Österreichs Aufgabe, der Formel, die Staatssekretär Bülow in London ausgesprochen hat, zuzustimmen und sich nicht darauf zu beschränken, die Formel Lardieu abzulehnen.

Auch ein Nationalsozialist kam bei dieser Versammlung zum Wort. Er anerkannte, daß die Großdeutschen in den politischen Körperschaften erfolgreiche Arbeit geleistet haben und erklärte, daß die Nationalsozialisten vor allem deswegen nicht großdeutsch wählen, weil die Großdeutsche Volkspartei sich allzusehr der öffentlichen Beamten angenommen habe und annehme.

Die Großdeutsche Volkspartei tut dies aber auch in wohlverstandener Interesse für alle anderen Berufsstände, so für Handel und Gewerbe in der richtigen Erkenntnis dessen, daß die gesamte Angestelltenchaft, genau so wie die Arbeiterschaft als wichtigstes Glied in der Erhaltung der allgemeinen Kaufkraft geschützt werden muß.

Verbreitet den „Boten von der Pöbbs“!

Berschiedene Nachrichten.

Notensteuerpflicht der Nationalbank.

Ende März hat sich bei der Nationalbank ein wichtiges Ereignis vollzogen. Da einerseits die valutarische Deckung abgenommen hat, andererseits die Gesamtzirkulation eine Zunahme erfahren hat, ist nunmehr die Notensteuerpflicht eingetreten. Nach den Sätzen hat die Nationalbank eine Notensteuer zu entrichten, so bald der Barschat nicht ausreicht, um denjenigen Betrag mit 24% zu bedecken, welcher sich ergibt, wenn man von der Gesamtzirkulation die Darlehensschuld des Bundes abzieht. Da der Barschat dormalen aber nur 239.6 Millionen beträgt, also um 10.3 Millionen zu niedrig ist, ist die Voraussetzung für den Eintritt der Notensteuerpflicht gegeben. Für die letzte Märzwoche war eine Notensteuer von rund 72.000 Schilling zu entrichten. Das Deckungsverhältnis beträgt gegenwärtig rund 23%.

Die Bundesbahnen im Februar.

Nach einer Mitteilung der Generaldirektion der Österreichischen Bundesbahnen betragen die vorläufig ermittelten Verkehrseinnahmen der Bundesbahnen im Februar 1932 im Personen- und Gepäckverkehr 10.629, im Güterverkehr 21.802, im Ganzen 32.431 Millionen Schilling. Gegenüber den endgültigen Ertragnissen des gleichen Monats im Vorjahre waren die Einnahmen um 8% geringer.

Die Insolvenzen in Österreich.

Im März wurden in Österreich 530 Ausgleichsverfahren und 95 Konkurse eröffnet. Dies ergibt bei 5 Berichtswochen einen Durchschnitt von 106 Ausgleichen und 19 Konkursen, während die entsprechenden Ziffern des Februars 107 bzw. 22 gelautet haben, und im März des Vorjahres 62, bzw. 15 Fälle verzeichnet wurden.

Kürzungen im Straßenbudget des Bundes.

Der Bundesvoranschlag für 1932 sieht gegenüber dem vergangenen Jahre eine rund 45%ige Kürzung des Straßenbudgets vor, welche durch die derzeit noch in Erwägung stehenden weiteren Abstriche ein Ausmaß bis

zu 80% erreichen soll. Eine derart starke Drofflung im Straßenbudget würde nicht nur die Existenz zahlreicher Straßenbaufirmen gefährden, sondern es würde dadurch auch der Fremdenverkehr stark in Mitleidenschaft gezogen werden. Dies wäre umso beklagenswerter, als der Bund seine Einnahmen aus der Straßbenützung (Kraftwagenabgabe und Benzinsteuer usw.) sehr wesentlich gesteigert hat.

Eine Milliarde neuer Steuern in Amerika.

Das Repräsentantenhaus hat das neue Steuergesetz angenommen, das zum Ausgleich des Budgets eine Erhöhung der Steuereinnahmen um rund 1 Milliarde Dollar vorsieht. Das neue Steuergesetz sieht eine in ihren Ausmaßen selbst über die Kriegszeit hinausgehende Steuerbelastung des amerikanischen Bürgers vor.

Mißerfolge der bolschewistischen Agrarpolitik.

Durch Beschluß der Sowjetregierung und der kommunistischen Parteileitung wurden mehr als 30 Direktoren staatlicher Güter wegen Mißwirtschaft zur gerichtlichen Verantwortung gezogen. Weitere 100 Direktoren wurden ihrer Ämter enthoben, da im letzten Jahre die Lieferpläne der Betriebe nur zu 69% erfüllt wurden, wodurch erhebliche Schwierigkeiten in der Versorgung der Städte und der Arbeitergebiete entstanden. Durch einen weiteren Beschluß der Regierung wurde die Reorganisation aller Betriebe bis August angeordnet und in Aussicht genommen, daß die zu großen Betriebe in kleine wirtschaftliche Einheiten aufgeteilt werden sollen.

Verwaltungsreform und Länder.

Wenn man alle Maßnahmen, die unter dem Titel von Ersparungen vorgeschlagen werden, schon des Titels wegen begrüßen zu müssen glaubt, dann verdient auch der letzte Vorstoß der Landeshauptleute mit dem angeblichen Ziele einer Vereinfachung der Verwaltung und einer Abkürzung des Instanzenzuges, Beifall. Dem näheren Kenner der Verhältnisse müssen hiebei allerdings sehr ernste Bedenken aufsteigen und er wird sich die Frage vorlegen müssen, weshalb denn plötzlich die Länder an einer baldigen Verwaltungsreform

marxistisch eingestellten Parteien, die jedes Parteiinteresse beiseite lassend, sich zu einer Wirtschaftspartei zusammengeschlossen hatten, 630 Stimmen und wie bisher 8 Mandate. Die Stimmen verteilen sich auf die einzelnen Wahlprengel wie folgt: Wahlprengel I, umfassend den Ort Mauer, Wahllokal Gasthaus Sengstbrautl: Sozialdemokratische Partei 189 Stimmen, Wirtschaftspartei 221 Stimmen. Wahlprengel II, umfassend die Anstalt, Spiegelsberg, Gobetsmühle und Maierhofen, Wahllokal Gasthaus Hüttmeier: Soz.-dem. Partei 146 Stimmen, Wirtschaftspartei 175 Stimmen. Wahlprengel III, umfassend Greinsfurt, Stadt und Pilsing, Wahllokal Gasthaus Domesla: Sozialdemokratische Partei 135 Stimmen, Wirtschaftspartei 131 Stimmen. Wahlprengel IV, umfassend Neufurt und Galtberg, Wahllokal Gasthaus Ganglmaier: Sozialdemokratische Partei 189 Stimmen, Wirtschaftspartei 103 Stimmen. Von der Wirtschaftspartei wurden gewählt: Gasthaus- und Fleischhauereibesitzer Karl Sengstbrautl, Mauer; Wirtschaftsbesitzer Karl Kronberger, Galtberg; Maurer Leopold Mayerhofer, Gobetsmühle; Hausbesitzer Anton Brückler, Greinsfurt; Kanzleinspeltor Adalbert Ott, Landesanstalt; Wirtschaftsbesitzer Johann Zehetner, Pilsing; Oberpflegerstellvertreter Franz Riegler, Landesanstalt, und Wirtschaftsbesitzer Frz. Pilsinger d. J., Mauer. Von der Sozialdemokratischen Partei: Parteisekretär und Hausbesitzer Franz Gruber, Greinsfurt; Bundesbahnpensionist Franz Hörizauer, Maierhofen; Werftstättenleiter Johann Schira, Landesanstalt; Monteur Ernst Edelmann, Neufurt; Oberpfleger i. R. Karl Spanjeiler, Maierhofen; Anstaltspengler Karl Palme, Waldheim; Kleinbauer Karl Zeigl, Greinsfurt; Holzarbeiter Johann Reiter, Neufurt, und Bahnarbeiter Josef Leitner, Mauer. Die Bevölkerung der Gemeinde Mauer ist nun schon sehr gespannt, wann der Bürgermeister Gruber das angekündigte Schauspiel der Verspeißung des Stallbesens samt Stiel vornehmen wird.

Aus St. Peter in der Au und Umgebung.

Dorf Seitenstetten. (Gewalttätige Zigeuner.) Am 9. April nachmittags war der Wirtschaftsbesitzer Ludwig Tzenmaier im Treppental mit seinem Hauspersonal mit Feldarbeiten beschäftigt. Nach seiner Heimkehr konstatierte er, daß jemand Fremder sich in das Haus eingeschlichen hatte und aus dem Stall ein Saß Hafer verschwunden war. Dringenden Verdacht lenkte Tzenmaier sogleich auf unweit seines Hauses lagernde Zigeuner, welche eben im Begriff waren, mit ihren Wagen wegzufahren. Tzenmaier nahm sein Jagdgewehr und ging in Begleitung seiner Söhne zum Lagerplatz der Zigeuner, woselbst er diese wegen des Haferdiebstahles zur Rede stellte. Die Zigeuner leugneten und es entwickelte sich dabei ein heftiger Wort-

wechsel, in dessen Verlauf sie auf den Besitzer Tzenmaier und seine Söhne mit Stöcken und Revolvern losgingen. Als einer der Zigeuner auf Tzenmaier seine Pistole anlegte, machte letzterer sein Jagdgewehr schußfertig, worauf sich der gewalttätige Zigeuner hinter seine Pferde zurückzog und mit einem zweiten bewaffneten Zigeuner die Flucht ergriff. Die beiden konnten trotz sofort vorgenommener Verfolgung nicht mehr eingeholt werden. Bei der von der Gendarmerie in Seitenstetten vorgenommenen Durchsuchung der beiden Zigeunerwagen wurde in jedem Wagen, hinter Betten und Kisten versteckt, in zwei Säcken Hafer vorgefunden. Von der Gendarmerie wurden die beiden Zigeuner Johann Baptist Winter, geboren am 1. Mai 1875 in Umen-dorf, Bezirk Almading, Deutschland, von Beruf Musiker und Artist, und Heinrich Amberger, geboren am 6. Oktober 1904 in St. Pölten, verhaftet und dem Bezirksgericht St. Peter i. d. Au eingeliefert. Auch die beiden geflüchteten Zigeuner wurden von der Gendarmerie bereits verhaftet.

Markt Alsbach. (Besitzwechsel.) Frau Rosina Kirchweger verkaufte ihre Liegenschaft Haus Nr. 17 samt Grundstücken sowie die Überlände in der Gemeinde Krennstetten an Fr. Aloisia Stöger, Private in Krennstetten, um den Betrag von 24.000 Schilling.

Aus Weyer a. d. Enns und Umgebung.

Geflenz. (Bermählung.) Montag den 18. April findet in der hiesigen Pfarrkirche die Bermählung der Kaufmannstochter Fr. Josefine Gaidushek mit Justizwache-Kontrollor Herrn Franz Pfaller-Gartler statt.

Von der Donau.

Ybbs a. d. Donau. (Evangelischer Gottesdienst) findet am Sonntag den 17. April um 2 Uhr nachmittags in der Schule statt.

Mell. („Komm' mit mir in die grüne Wacha u.) Der Besuch von bisher fünf ausverkauften Häusern, die herzliche Aufnahme, die dieses Stück allgemein gefunden hat, wiegt mehr als alles papierene Lob. „Komm' mit mir in die grüne Wacha“ hat auf der Bühne des Meller Singvereines einen großen, ehrlichen Erfolg errungen, eine Ehre für den Verein und den jungen Autor, der — von Beruf Kunstschlosser — schon öfters Proben seines dichterischen Talentes gegeben und nun gar ein richtiges Volksstück in drei Akten geschrieben hat. Die Aufführung, die am 2. April zum erstenmal, am 3., 9. und 10. zum zweiten bis fünften Male gegeben wurde, ist vom Spielleiter Engelbert Ladner eingeübt und so aufs sorgfältigste vorbereitet worden. Die Musik hat Ing. Leo Car beigestellt, der eine Reihe von entzückenden Wachaer Liedern bekannter Komponisten in ein prächtiges orchesterfres Gewand-

gekleidet und zum Liede von Hans K o h l „Ich hab' ein liebes Schätzlein“ selbst die melodische Vertonung geschrieben hat. Die Bühnenbilder stammen von Walter Prinzl, unserem heimischen Künstler. Sie stellen im Hintergrunde Dürnberg dar, vorne das Wolderwirtschaus mit Motiven aus alten Höfen und Häusern in Krems, Spitz und Rossak. Die Darstellung des Stückes war eine vortreffliche. Als außerordentlich wirkungsvoll erwies sich der zweite Akt, in dem nach einbrechender Dämmerung am Johannisstabe die Sonnwendfeuer auf den Bergen erglühn und die Donaunizen von der Stromkönigin der Wacha „Wachhilde“ gerufen, ans Ufer kommen und bei magischem Lichte ihre Reigen aufzuführen. Schon nach dem ersten Akte gab es bei der Aufführung Hervorrufe für den Autor Hans K o h l, der sich dem beifallsfreudigen Publikum zeigen konnte, aber auch für die Spieler und Spielerinnen, die oft auf offener Szene mit Beifall überschüttet und geehrt wurden. Zusammenfassend können wir mit Freude feststellen, daß der unbefreitbare Erfolg dieses Stückes ehrlich war, er war verdient nicht nur um der Heimat willen, der hier ein hohes Lied der Treue gesungen ist. Die freundliche Aufnahme des Stückes, das uns echtes Wachaer Volksleben in Freud' und Leid zeigt, ist um so wertvoller, als ohnedies fast alles Bodenständige, Echthe und Unverfälschte auf Bühne und im Kino durch Schund und Kitsch verdrängt ist. „Komm' mit mir in die grüne Wacha“ ist aber so ein richtiges Volksstück mit einer natürlichen, ungekünstelten Handlung, das gewiß auch anderswo sich als zugkräftiges, erfolgreiches Stück erweisen wird.

Wochenchau

Die wegen des Anschlages auf den deutschen Botschaftsrat von Twardowski zum Tode durch Erschießen verurteilten polnischen Studenten Wassijew und Stern sind bereits hingerichtet worden. Das Begnadigungsgesuch wurde abgelehnt.

Der chinesische General Tingtschao, der Befehlshaber der Truppen, die das neue Regime bekämpfen, ist von seinen eigenen Unterführern ermordet worden, weil sie ihn nicht japanfeindlich genug fanden.

Als der Luxuszug Wien—Nizza bei Cogolote längs des Meeres fuhr, erhob sich unversehens eine gewaltige Wasserhose, hob die elektrische Lokomotive aus den Schienen, so daß sie geneigt stehen blieb, ohne jedoch umzukippen. Die Wassermassen zerstörten die elektrische Leitung auf etwa 400 Meter.

Der Linzer Rechtsanwalt Dr. Franz Reisetbauer wurde unter dem Verdachte von großen Unterschlagungen verhaftet. Geschädigt sind u. a. auch Fürst Starhemberg, Graf Revertera u. a. m.

Table with 5 columns: Radioprogramm vom 18. bis 24. April 1932, 18. April, 19. April, 20. April, 21. April, 22. April, 23. April. Each column lists radio programs with time slots and titles.

Verbreitet den „Bote von der Ybbs“